NRW-Regierung sucht Gespräch mit Moschee-Dachverband Ditib

9. Januar 2017

Düsseldorf (KNA) Die nordrhein-westfälische Landesregierung will sich wieder mit führenden Vertretern des deutsch-türkischen Moschee-Dachverbandes Ditib zu einem Gespräch treffen. Wie ein Sprecher der Düsseldorfer Staatskanzlei am Mittwoch gegenüber der Katholischen NachrichtenAgentur (KNA) bestätigte, sei das Zusammentreffen am kommenden Mittwoch in Düsseldorf geplant und werde im NRW-Integrationsministerium stattfinden. Das Gespräch mit den Repräsentanten des Ditib-Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen solle auf Staatssekretärsebene geführt werden. Es diene dem „gegenseitigen Informationsaustausch sowie der Kontaktpflege“ und werde „alle aktuellen Fragen umfassen“, erklärte der Sprecher weiter. In den vergangenen Monaten war es zwischen der Landesregierung und der Ditib immer wieder zu Konflikten gekommen. Innenminister Ralf Jäger (SPD) hatte die Kooperation mit dem Verband bei einem Präventionsprojekt gegen Salafismus umgehend aufgekündigt, nachdem die Ditib einen Kinder-Comic mit der Verherrlichung des Märtyrertodes vertrieben hatte. Zugleich hatte NRWJustizminister Thomas Kutschaty (SPD) wegen des Vorgangs den in der Gefängnisseelsorge eingesetzten Imamen seinen Vertrauensvorschuss entzogen. Jetzt sollen von der Ditib in Haftanstalten entsandte Imame zuvor systematisch vom Verfassungsschutz überprüft werden. Auch waren Vor
Donnerstag, 5. Januar 2017 Seite 9

würfe laut geworden, Ditib-Imame würden in deutschen Moscheen von dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan gezielt als Spitzel gegen Regimekritiker eingesetzt. Die Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) ist nach Einschätzung von Experten strukturell, ideologisch und finanziell abhängig von der türkischen Religionsbehörde Diyanet und dieser auch amtlich unterstellt. Die in deutschen Moscheen des Dachverbandes tätigen Imame erhalten ihre Predigttexte für das Freitaggebet von der Diyanet-Behörde aus der Türkei. Derzeit bemüht sich die Ditib bei der NRW-Landesregierung um eine Anerkennung als Religionsgemeinschaft. Deshalb hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) unter anderem zur Staatsferne des umstrittenen Dachverbandes ein unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses „religionswissenschaftliche Gutachten“ solle Ende 2017 vorliegen, erklärte ein Sprecher der Staatskanzlei.
(KNA – rklko-89-00360)

Stand: 27. November 2026